Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 26 (1970)
Heft: 3-4

Artikel: Zur Motion Rosenbusch
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845388

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Für die Berechnung der Kosten für die Zürcher Stadt- und Gemeinderatswahlen vom 8. März 1970 gingen wir von den Inseraten in den wichtigsten Tageszeitungen (Tagblatt, Tages-Anzeiger, Neue Zürcher Zeitung, die Tat, Neue Zürcher Nachrichten und AZ) und im «Züri Leu» aus. Diese Zahlen liessen sich recht genau ermitteln. Die Inserate in den Quartierblättern (zum Beispiel Limmattaler Tagblatt, Kreis 11 Anzeiger, Vorstadt, Zürcher City) und Wochenzeitungen (Sonntags-Journal usw.) wurden gesichtet und die Kosten geschätzt. Die ungefähren Preise der recht unterschiedlich aufwendig gestalteten Plakate kann man vom Fachmann erfahren. Da uns die Auflage einer Plakatgruppe bekannt war, dürfte die darauf basierende Schätzung der andern einigermassen zuverlässig sein. Gröber geschätzt sind die Aufwendungen für Wahlbroschüren, Flugblätter, Wahlveranstaltungen.
Aufgrund dieser Recherchen haben die sechs grössten Parteien der Stadt Zürich zusammen nahezu eine Million Franken für die diesjährigen Stadt- und Gemeinderatswahlen ausgegeben. Auf die Parteien verteilt sieht es so aus:

Partei	**Franken**
Freisinnige	250 000 bis 280 000
Landesring	140 000 bis 170 000
BGB	130 000 bis 160 000
Sozialdemokraten	110 000 bis 140 000
EVP	110 000 bis 140 000
Christlichsoziale	50 000 bis 70 000

Die Ausgaben der kleineren Parteien fallen demgegenüber nicht ins Gewicht. Nicht berücksichtigt sind hier die zum Teil recht beträchtlichen Aktionen der Kreisgruppen einzelner Parteien. Im Kreis 11 dürften sie zwischen 50 000 und 100 000 Franken erfordert haben.
Zu der sich aus dieser Aufstellung ergebenden finanziellen Stärke der Parteien ist noch eine Bemerkung anzubringen. Im Vergleich zu früheren Wahlen waren die Aufwendungen der Sozialdemokratischen Partei recht bescheiden. Die sehr aufwendig geführte Regierungsratswahl, die erst wenige Wochen zuvor stattgefunden hatte, ist vermutlich der Grund dafür. Allerdings nahm die Wahlpropaganda im Textteil der AZ ungewöhnlich grossen Raum ein. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob und wie sehr sich die Freisinnige Partei einschränken musste, die bei der Regierungsratswahl sehr tief ins Portemonnaie gegriffen hatte. Das Budget der Evangelischen Volkspartei schliesslich erscheint, verglichen mit der Stärke der Partei, überraschend hoch.
Immer mehr Parteien bedienen sich der fachmännischen Werbung, die erkleckliche Summen beansprucht. Das wird verständlich, wenn man bedenkt, wie schlecht die meisten Parteiveranstaltungen besucht werden. Allerdings verwischen sich damit die Unterschiede der Parteien, weil man in der Propaganda jene Argumente in den Vordergrund stellt, die den grössten Bevölkerungskreis ansprechen.

Zur Motion Rosenbusch

Betreffend die Einführung des Frauenstimmrechts im Kant. Zürich ist zu vernehmen, dass die Abstimmung **noch in diesem Jahr,** und zwar im September oder Oktober stattfinden soll. Bei Annahme könnten die Frauen im nächsten Frühjahr bereits an den Kantonsratswahlen teilnehmen. Hoffentlich fällt bei dieser Gelegenheit die weibliche Vertretung erfreulicher aus.